

## ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

**Absender:**

Fraktion Bürger für Hohenlimburg /Piraten Hagen

**Betreff:**

Vorschlag zur Tagesordnung gem. § 6 Abs. 1 der GeschO von der Fraktion Bürger für Hohenlimburg / Piraten Hagen

Hier: Sachstandsbericht zum Bau des Radweges Wannebachstraße – Spannstiftstraße

**Beratungsfolge:**

26.06.2018      Stadtentwicklungsausschuss

**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird gebeten, einen Sachstandsbericht zum derzeit erfolgenden Bau eines Fuß- und Radweges zu geben, der die Wannebachstraße mit der Spannstiftstraße verbindet.

**Kurzfassung**

Entfällt

**Begründung**

Sehe Anlage: Antrag der BfHo / Piraten

## Inklusion von Menschen mit Behinderung

### Belange von Menschen mit Behinderung

(Bitte ankreuzen und Teile, die nicht benötigt werden löschen.)

  

sind nicht betroffen

sind betroffen (hierzu ist eine kurze Erläuterung abzugeben)

Kurzerläuterung:

Herrn

13. Juni 2018

Dr. Stephan Ramrath

-StEA-

**Vorschlag zur Tagesordnung gemäß §6 (1) der Geschäftsordnung: Sachstandsbericht zum Bau des Radweges Wannebachstraße – Spannstiftstraße**

Sehr geehrter Herr Dr. Ramrath,

die Fraktion Bürger für Hohenlimburg / Piraten Hagen erbittet gemäß § 6 (1) die Aufnahme des Punktes in die Tagesordnung der StEA-Sitzung am 26. Juni 2018:

**Sachstandsbericht zum Bau des Radweges Wannebachstraße – Spannstiftstraße**

Die Verwaltung wird gebeten, einen Sachstandsbericht zum derzeit erfolgenden Bau eines Fuß- und Radweges zu geben, der die Wannebachstraße mit der Spannstiftstraße verbindet.

**Begründung:**

Der Fuß- und Radweg wird auf der Basis des Bebauungsplanes Nr. 4/08 (600) erstellt, der am 26.03.2009 vom Rat der Stadt Hagen beschlossen wurde. Sinn des Fuß- und Radweges sollte im Wesentlichen sein, den in dem Bebauungsplan vorgesehenen Bau- und Gartenmarkt zu erschließen. Bekanntlich konnte der Bau- und Gartenmarkt nicht realisiert werden; daher ist der Bau des zu seiner Erschließung geplanten Fuß- und Radweges sinnlos. Das 190.000 Euro teure Projekt beschäftigt mittlerweile diverse, zum Teil überregionale Medien sowie den Bund der Steuerzahler NRW. Es sollte, sofern noch möglich, schnellstmöglich gestoppt werden.

Mit freundlichen Grüßen,

Frank Schmidt